Auf eine weitere Orientierung und Erfahrung möchte ich noch eingehen. Da die Ferienobjekte nicht ausreichten, und die Reisemöglichkeiten in das nichtsozialistische Ausland nicht gegeben waren, organisierten wir aus eigenem Antrieb auf der Grundlage wissenschaftlich-technischer und kommerzieller Beziehungen mit dem sozialistischen Ausland Ferienreisen in das sozialistische Ausland.

Wir standen damals im Betrieb in einer Konfliktsituation mit den Parteiorganen und dem Ministerium, weil solche Initiativen nicht gern gesehen waren. Die Parteiorgane und das Ministerium beobachteten diesen Prozeß mit kritischer Aufmerksamkeit.

Ich möchte hervorheben, daß wir in alle Länder, einschl. der Sowjetunion, Ferienreisen organisierten und auch damit ein Spannungsfeld abbauen konnten. Die Werktätigen, die solche Reisemöglichkeiten in Anspruch nehmen konnten, waren zufrieden und glücklich. In Rumänien war es am Sonnenstrand weitaus angenehmer, als z. B. in einem Ferienobjekt in Wurzbach. Diese Möglichkeiten nahmen die Werktätigen sehr gerne in Anspruch. Wir haben damit einer Reihe von Erholungssuchenden interessante Möglichkeiten geboten. Wenn ich mir überlege, daß wir die Kapazitäten, die eigentlich zur Verwaltung dieser Ferienobjekte im Bereich vorhanden waren, die gesamte Organisation einschl. Dolmetschertätigkeit, Devisenbeschaffung, selbst organisieren mußten, war das eine ziemliche Leistung. Zum Devisenaustausch läßt sich noch anmerken, daß wir diese Aktionen vollkommen devisenfrei durchführten. Der Werktätige bezahlte hier seinen Urlaub, als würde er in einem Ferienheim des EAW seinen Urlaub verbringen. Die Bürger aus Ungarn oder Rumänien oder aus der Sowjetunion zahlten dort ihren Preis und auf diese Weise wurde ein devisenfreier Ferienaustausch organisiert.

Zum Abschluß möchte ich noch auf die Kinderferiengestaltung eingehen.

Kollegen hatten Kinder und diese mußten in den Ferien versorgt werden. Auf diese Weise bestand auch noch die Aufgabe, Kinderferienlager zu unterhalten und aufzubauen. Wir verfügten über ein Kinderferienlager, in dem wir 1.500 Kinder mit pädagogischer Betreuung untergebracht haben. In drei Durchgängen fuhren 500 Kinder in das Kinderferienlager.

Ich möchte damit eigentlich schließen. Was den Transformationsprozeß anbetrifft, können wir vielleicht in der Diskussion noch einmal darauf zurückkommen.

**Vorsitzender Siegfried Vergin:** Vielen Dank, Herr Kube für Ihre Einführung aus ihrer speziellen Sicht. Zur weiteren Moderation der Diskussion übergebe ich jetzt das Wort an unseren Kollegen Herrn Reinhold Hiller.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Meine Damen und Herren, wir haben eine Menge von Wortmeldungen, zunächst hat Kollege Jork das Wort.

**Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU):** Dankeschön, meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Vollmer. Sie haben etwas zum Planablauf gesagt. Das ist für mich ein Stichwort und auch Anlaß zur Erinnerung. Ich möchte Sie fragen und dann noch ein paar Bemerkungen dazu machen, welche Schlußfolgerungen Sie für die Sozialpolitik einschl. der Prämienpolitik sehen oder bemerkt haben? Ich gehe davon aus, daß der Planablauf auch ausgesprochen diskontinuierlich war. Ich entsinne mich, daß die Planerfüllung dann immer gegen Monatsende anstand, daß man Überstunden machen mußte, daß die Planerfüllung, wenn sie erreicht wurde, durch Prämien geprägt war und durch besondere Vereinbarungen sowie durch Vorabrechnungen unter bestimmten Bedingungen. Das hatte eine soziale Innenwirkung. Wie schätzen Sie diese Prozesse ein?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Lubk. Wegen der bestehenden Aktualität wäre es mir doch wichtig, wenn Sie einmal kurz beschreiben würden, wie es mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aussah und vielleicht auch herausheben könnten, welche Vorstellungen die einzelnen Werktätigen hatten, wenn sie Mitglied des FDGB wurden oder waren. Welche Verpflichtungen, welche Möglichkeiten, welche Innenwirkungen gingen davon aus? Wie sieht man die Mitgliedschaft im FDGB z. B. in Relation zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft jetzt in der Bundesrepublik?

Ich möchte noch eine Frage an Herrn Kube stellen. Der Titelkampf bei den Sozialistischen Brigaden stand auch unter der Überschrift „sozialistisch arbeiten, sozialistisch lernen und sozialistisch leben“. Das waren die drei für die Bewertung herangezogenen Abrechnungskriterien. Das Kriterium „sozialistisch leben“ betrifft gerade den Teil der Sozialpolitik, den wir hier ansprechen. Welche Innenwirkungen auf die Brigademitglieder hatte denn dieser Titelkampf, auch bezogen z. B. auf die Mitgliedschaft in anderen Organisationen?

Eine weitere Frage möchte ich ebenfalls an Sie, Herr Kube, richten. Wir hatten etwas über die Differenzen in den Gehältern gehört. Herr Dr. Lubk hat Durchschnittsgehälter genannt, und Sie haben ebenfalls Durchschnittsgehälter erwähnt. Vielleicht können Sie uns einmal sagen, welche Sonderbedingungen für Berlin bestanden. Der beschriebene Betrieb EAW war ja in der „Hauptstadt“ der Deutschen Demokratischen Republik angesiedelt. Das konnte man schon überall an der Autobahn lesen, wenn man nach Berlin kam. Die Menschen, die hier wohnten, wissen, daß dort erhebliche Sonderbedingungen bestanden, so z. B. bei der Wohnungsvergabe, bei den Gehältern usw. Vielleicht könnten Sie auf diese Unterschiede einmal hinweisen, weil das auch erklärt, wenn unterschiedliche Angaben zwischen Betrieben z. B. in Sachsen und in Berlin formuliert werden. Danke.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Als nächster Kollege Kuhn bitte.

**Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU):** Meine Frage richtet sich auch speziell an den Vortrag von Herrn Dr. Lubk. Er hat sich da auf die Sozialsysteme, die in der ehemaligen DDR wirkten, bezogen. Er berichtete von den Renten und der Krankenversicherung, die bis zu einer Bemessungsgrenze von 600 Mark als Pflichtversicherung galt. 10 % davon, d. h. 60 Mark, wurden als SV-Beitrag gezahlt. Davon wurden dann die Ausgaben für die Rente bestritten und natürlich auch das komplette Gesundheitswesen. Mich würde interessieren, wie diese Rechnungsführung überhaupt funktionierte? Welche Fonds existierten da? Sind das in sich geschlossene Systeme gewesen, was ich nicht vermute? Welche Staatszuschüsse kamen in diese Systeme? Ich hätte das gerne noch einmal aufgegliedert auf die Bereiche der Rente und auf das Gesundheitswesen der ehemaligen DDR.

Als weitere Frage würde ich gern beantwortet bekommen, welche Substanz eigentlich 1990 zur Währungsumstellung und letztendlich auch zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vorlag, als die Rentensysteme umgestellt wurden? Es wird immer beklagt und gesagt, daß die Renten im Osten zu schnell wachsen, und ich habe da von der Substanz her, selbst wenn das 1:1 umgestellt worden ist, viel zu wenig mit eingebracht. Diesen Ist-Zustand, würde ich von Ihnen ganz gerne noch einmal erläutert bekommen.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Vielen Dank Kollege Kuhn. Herr Dr. Fricke bitte.

**Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke:** Vielen Dank. Ich habe zunächst zwei Fragen an Herrn Dr. Lubk. Sie haben interessanterweise daran erinnert, daß die Lebenserwartung im Jahre 1950 in der DDR höher lag als in Westdeutschland, und daß diese Situation sich im Jahre 1989 umkehrte. Können Sie das bitte noch einmal mit genauen Zahlen konkretisieren? Dieses Phänomen halte ich für außerordentlich interessant und bemerkenswert. Es handelt sich dabei um einen Aspekt, der bisher in der Diskussion nicht vorgekommen ist.

Zur zweiten Frage: Sie sprachen auch die Kontrollmechanismen im Betrieb an. Stichwort Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI), Arbeitskontrolleure des FDGB, FDJ-Kontrollposten in den Betrieben. Zu erwähnen sind vielleicht noch die Konfliktkommissionen mit disziplinierenden Absichten. Könnten Sie da vielleicht konkreter über die Wirkungsweise dieser Kontrollmechanismen berichten?

Damit komme ich zu den Fragen, die ich gerne Herrn Kube stellen möchte. Sie haben den „neuen Charakter“ der Arbeit im sozialistischen Betrieb hervorgehoben. Mir ist nicht ganz klar geworden, ob Sie da den ideologischen Anspruch der SED im Auge hatten, oder ob Sie in der Tat konstatieren können, daß es einen „neuen Charakter“, eine neue Einstellung der arbeitenden Menschen zur Arbeit im Betrieb gegeben hat? Wenn das so ist, würde mich interessieren, wie Sie das Verhältnis der Produktionsarbeiter und der Industriearbeiter überhaupt zur Betriebsgewerkschaftsleitung und zur Betriebsparteiorganisation der SED einschätzen? Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang, immer die

neue Einstellung zur Arbeit unterstellt, die Kontrollmechanismen ein, die es offensichtlich auch gegeben hat und die sich dann ja eigentlich hätten erübrigen müssen?

Ich komme jetzt zur Frage des Transformationsprozesses heute. Würden Sie feststellen, daß es in der Einstellung zur Arbeit eines Facharbeiters, z. B. in Dresden, heute wesentliche Unterschiede gibt zur Einstellung eines Facharbeiters zur Arbeit in der Zeit vor 1989? Wir wissen alle, wie schwer die Arbeitslosigkeit die Menschen drückt, aber das ist kein Argument dagegen, diese Frage zu stellen. Wenn es richtig ist, daß annähernd 20 % arbeitsfähige Menschen heute ohne Arbeit sind, heißt das gleichzeitig, daß gut 80 % in Arbeit stehen, so daß sicherlich auch Erfahrungen vorliegen und Aussagen darüber möglich sind, inwieweit sich heute die Einstellung der arbeitenden Menschen im Betrieb zur Arbeit verändert hat. Vielen Dank.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Vielen Dank Herr Dr. Fricke. Die Fragen sind jetzt so umfassend, daß ich die Herren am Podium zunächst einmal um die Antworten bitte. Herr Professor Dr. Vollmer, wenn Sie bitte anfangen würden.

**Prof. Dr. Uwe Vollmer:** Meine Antwort bezieht sich auf die Frage von Herrn Dr. Jork nach dem Planungsablauf. Mein Argument war, daß Sozialpolitik in der DDR in erster Linie Vollbeschäftigungspolitik war. Dann hatte ich herauszuarbeiten versucht, daß die Betriebe auf ihren Arbeitskräftebedarf Einfluß nehmen konnten und zwar sowohl während der Planaufstellungsphase als auch in der Planverwirklichungsphase. Das gelang in der Planaufstellungsphase dadurch, ich habe das im Vortrag erwähnt, daß die Arbeitsintensität des Beschäftigungsprogramms höher eingesetzt wurde als das vielleicht notwendig gewesen wäre. In der Plandurchführungsphase gelang dies dadurch, daß die Betriebe mehr Arbeitskräfte eingestellt haben, als ursprünglich vorgesehen war. Hierbei ist natürlich zu berücksichtigen, daß das von Monat zu Monat in der Plandurchführung ablief.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Herr Jork, Sie schütteln mit dem Kopf. Wollen Sie noch einmal nachfragen?

**Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU):** Ja, mein Punkt war der, daß die monatliche Planerfüllung überaus diskontinuierlich war, und daß das erheblichen Einfluß auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Betrieb hatte. Das heißt, am Anfang des Monats war es in der Regel bei Produktionsbetrieben so, daß die Leute gar nicht ausgelastet waren, und gegen Ende des Monats waren erhöhte Anstrengungen notwendig, um den Plan zu erfüllen. Diese Situation wurde vor allem durch eine sehr späte Materialbereitstellung bewirkt. Dieser Umstand hatte natürlich Wirkungen auf Prämienverhalten, also darauf, die Leute zu motivieren. Wir sprechen jetzt vom Sozialbereich. Die späte Materialbereitstellung hatte auch ein gewisses inneres Abschlaffen am Monatsanfang zur Folge. Prämien, Sozialleistungen und Anerkennung waren mit Leistungen am Monatsende verbunden. Das führte zwangsweise zu einer

gewissen Deformierung, auch in der Haltung gegenüber der Produktion und den Produktionsbedingungen. Diese Situation führte auch zu einer Depression, da die Leute arbeiten wollten. Es war nicht so, daß sie nicht hätten arbeiten wollen. Meine Frage bezog sich darauf, ob Ihnen bewußt ist, was das für soziale Innenwirkungen auch auf die Stimulierung zur Folge hatte und auf die Wahrhaftigkeit dessen, was man von den Vorteilen des sozialistischen Betriebes kannte. Da zielte meine Frage hin.

**Prof. Dr. Uwe Vollmer:** Ihrer Argumentation kann ich beipflichten, ich sehe das auch so. Das ist natürlich auch einer der Gründe, daß die naturale Planung Schwierigkeiten bewirkte, z. B. daß Vorleistungen nicht kontinuierlich geliefert wurden, sondern im Monatsrhythmus ungleichmäßig erfolgten. Die daraus entstehenden Konsequenzen, die Sie angesprochen haben, würde ich so teilen.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Die anderen Fragen richten sich an die beiden anderen Referenten. Zunächst bitte ich Herrn Kube, die an Sie gestellten Fragen zu beantworten.

**Horst Kube:** Ich möchte erst einmal auf die letzte Frage eingehen. Aus der heutigen Sicht und mit dem Abstand, den wir heute haben, ist es etwas problematisch, die damalige Einstellung zur Arbeit und auch die Elemente zur Bewußtseinsprägung einzuschätzen. Ich habe heute schon eine etwas andere Bewertung als damals.

Ich kann jetzt nur erst einmal aus der Sicht eines Betriebes reden, aus der Sicht, wie wir das dort erlebt haben. Der überwiegende Teil dieses Betriebes war aus Menschen zusammengesetzt, die den früheren AEG-Betrieb erlebt hatten. Dieser AEG-Betrieb war Rüstungsbetrieb und baute elektrische Einrichtungen für die damalige V 2. Diese Leute haben in den nachfolgenden Jahren nach dem Kriege diesen Betrieb, der zu fast 80 % zerstört war, wieder aufgebaut. Dieses geprägte Geschichtsbild und die Orientierung, „den sozialistischen Menschen zu bauen“, führte über ein System der Beeinflussung durch Partei und Gewerkschaft. Ein großer Teil der Mitarbeiter des Betriebes waren „Genossen“ und noch ein größerer Teil kam aus der Gewerkschaft. Wir kennen das Gewerkschaftsjahr, wir kennen das Parteilehrjahr. Diese Ideologie, die dort den Menschen vermittelt wurde, hatte im Kern und in der Orientierung eine nicht unwesentliche Ausstrahlungskraft und wurde auch angenommen. Ich habe gestern schon einmal betont, daß ich das Glück hatte, einmal bei Professor Bloch in Leipzig während meines Studiums das „Prinzip Hoffnung“ zu hören. Dieses „Prinzip Hoffnung“ hat die Menschen in den Betrieben bewegt. Sie hofften darauf, daß es einmal besser wird. Das System „wir arbeiten für uns“ machte den Charakter der Arbeit aus. Dieses System kam logischerweise auch zu der Funktion, – jetzt leite ich zu Herrn Dr. Jork über – innerhalb der Sozialistischen Brigaden das sozialistische Arbeiten und Leben zu entwickeln. Das war ein bißchen aufgepfropft, kam aber auch aus dem Herzen. Ich kann es nicht anders sagen. Gerade bei Solidaritätsaktionen wurde gespendet, sofern die Argumentationen für die Ziele, für die man spendete, sinnvoll waren. Ich denke da an Naturkatastrophen oder auch an die bedrohten Völker in Afrika.

Hier spendete man gern. Aber diese Bewußtseinsbeeinflussung erfolgte natürlich durch ständige Auseinandersetzung und Orientierung in dem Parteilehrjahr und den Gewerkschaftsversammlungen.

Es gab große Täuschungsmanöver. Die Werktätigen in den Betrieben haben diese Zusammenhänge und diese Probleme erst in den letzten Jahren seit 1987 gespürt. Daß es hier zu Widersprüchen zwischen dem ihnen dargestellten System und der sozialen Sicherheit kam, erschütterte die Bewußtseinseinstellung. Bis dahin war diese Bewußtseinsbildung – nach meinem Dafürhalten – eine ehrliche Auffassung, die den sozialistischen Charakter in den Leistungen und in den Aufgaben widerspiegelte.

Kamen am Wochenende plötzlich aus der Diskontinuität der Produktion Materiallieferungen, dann waren die Leute bereit, zu kommen und zu arbeiten.

Daß diese Bewußtseinsbildung immer in einer bestimmten Richtung erfolgte, diese Tatsache muß ich auch unterstreichen, wurde streng durch die Partei und die Gewerkschaft gesteuert und kontrolliert. Mir sind keine direkten Situationen bekannt, aber oppositionelles Auftreten wurde im Keim erstickt. Auch diese Beispiele kennt man, wenn mit den Kollegen, die anderer Auffassung waren, ziemlich hart zu Gericht gegangen worden ist. Das war sicher ein sehr frevelhaftes Vorgehen, aber auch das hat es gegeben. Soviel vielleicht erst einmal dazu.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Ich bitte Sie, auch noch die Frage bezüglich der Differenzen der Gehälter in Berlin zu beantworten.

**Horst Kube:** Herr Dr. Jork, ich kann jetzt nur aus der Situation des EAW sprechen. Wir hatten den Schwermaschinenbautarif. Dieser Schwermaschinenbautarif bildete die Grundlage für die Funktion des Lohn- und Gehaltssystems im Kombinat, insbesondere im Stammbetrieb. In Kombinatsbetrieben, die außerhalb Berlins lagen, insbesondere im Süden der ehemaligen Republik, waren andere Maschinenbautarife geltend. Insofern hat die Gehaltsentwicklung nicht einem besonderen Status Berlins unterlegen.

Die Sonderversorgungen mit Wohnraum, die gab es aus der Sicht des Stammbetriebes, also meines unmittelbaren Einzugsbereiches, auch nicht. Die Kriterien für die Wohnungsvergabe waren in den einzelnen Stadtbezirken klar umrissen. Insofern sind Relationen zur Bevorzugung der ehemaligen Hauptstadt darin zu sehen, daß die Kontingentvergabe für Bauleistungen, für Investitionsleistungen gegenüber anderen Städten der Republik für den Aufbau der Hauptstadt gefördert wurden. Im Betrieb selbst gab es jedoch eine solche aus der Berlinfunktion bestehende Bevorzugung von Wohnrauminanspruchnahme und Vergabe nicht.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Vielen Dank! Herr Dr. Lubk bitte.

**Dr.-Ing. Rainer Lubk:** Ich darf zu den gestellten Fragen einige Anmerkungen machen. Zuvor hätte ich eine Frage an den Herrn Vorsitzenden: Darf ich zu dieser Frage Berlintarif etwas ungefragt anmerken? Ich habe hier eine entsprechende Tabelle mitgebracht.

Es gab am Anfang der DDR noch stark differenzierte Tarife, das sogenannte Ortsklassensystem. Das bestand bis 1967/68. Dann gab es stets eine grundsätzliche Teilung zwischen Bezirken der DDR und dem Berlintarif. Das wurde damit begründet, daß in Berlin die Schrippe damals ein paar Pfennige mehr kostete als in den anderen Städten. Dieser Umstand muß noch auf den Alliiertenkontrollratsbeschluß zurückgegangen sein. Die Mieten waren davon betroffen, die verschiedenen Warenpreise waren ebenfalls betroffen. Es handelte sich dabei um Beträge, die zwischen 100, 120 und 150 Mark lagen. Wichtig ist es hierbei immer die Relation zu den Einkommen in der DDR, zu den Lohnhöhen zu beachten. Ich habe die Lohn- und Tariftabellen bei Anwendung von Produktivlöhnen von 1984 dabei. Es gab für die Bezirke der DDR, etwa für Berlin als Hauptstadt der DDR, Sondertabellen. Diese waren jeweils nach den einzelnen Wirtschaftszweigen untergliedert. Wer sich dafür interessiert, die Daten sind heute verfügbar.

Zu der Frage nach den Vorteilen für Berlin möchte ich folgendes anmerken: Ich spreche jetzt nicht als ewiger Dresdner aus Neid gegen eine ehemalige Hauptstadt. Die Bevorteilung, das haben sicher viele Berliner nicht gewußt, ging so weit, daß Bauarbeiter sowie Baumaterialien aus den Bezirken abgezogen wurden.

Ich möchte jetzt die an mich gestellten Fragen beantworten. Lohnfortzahlung bildete die erste Frage. Bis 1952 erhielten die Arbeitnehmer nur Krankengeld der Krankenversicherung. Bis zu diesem Zeitpunkt existierten auch in der ehemaligen DDR 3 Karenztage. Dieses System wurde 1952 abgeschafft. Zwischen 1952 und 1977, das ist die nächste Phase, muß man unterscheiden. Hier haben die Betriebe bis 6 Wochen im Kalenderjahr einen Lohnausgleich zum Krankengeld bis 90 % des Nettodurchschnittsverdienstes zu zahlen gehabt. Das heißt es gab ein Krankengeld und es gab diesen Lohnausgleich. Anfang 1978 hat dann die Sozialversicherung die gesamte Leistung übernommen. Mit dem Arbeitsgesetzbuch der DDR, was ab 1.1.1978 galt, hieß es dann, es wird ein Krankengeld in Höhe von 90 % des Nettolohnes gezahlt. Ab diesem Zeitpunkt gab es also diese Teilung Lohnausgleich und Krankengeld nicht mehr. Die maximale Dauer der Krankengeldzahlung lag 1952 bei 26 Wochen, zwischendrin bei 39 Wochen, und später wurde sie dann auf 78 Wochen erhöht. Voraussetzung war dabei immer, daß der Arzt feststellte, daß man in dieser Zeit wieder gesund wird. Ansonsten stand die Invalidisierung an.

Ab Januar 1978 gewährte die Sozialversicherung bis zur Dauer von 6 Wochen im Kalenderjahr ein einheitliches Krankengeld in Höhe von 90 % des Nettodurchschnittverdienstes. Für die Zeit ab der 7. Krankheitswoche galten differenzierte Regelungen.

Außerhalb der Leistungen der Sozialversicherung gewährte der FDGB seinen Mitgliedern bereits ab 1953 bei längerer Krankheit einen besonderen Krankengeldzuschuß. Über die Höhe kann ich Ihnen hier nichts berichten, die Zahlen müßte man nachschlagen.

Wichtig ist bei diesem System noch zu wissen, daß zur Senkung des Krankenstandes von Anfang an Ärzteberatungskommissionen (ÄBK) tätig waren. In den 50er Jahren traten diese bereits in Aktion. Bei einer Krankheitsdauer von über 10 Tagen war eine Begutachtung durch eine Ärzteberatungskommission möglich. Später sah eine entsprechende Anordnung die Vorladung vor die Kommission bei mehr als 35 Tagen Krankheit vor. Bei häufig erkrankten Arbeitnehmern sowie bei Verdacht auf berufsbedingte Erkrankung konnte auch zu einem früheren Zeitpunkt die ÄBK eingeschaltet werden. Das Recht dazu hatten der Betriebsleiter, die BGL, die SV-Räte sowie die Betriebsärzte.

Zur Dauer der Krankengeldzahlung hatte ich bereits etwas gesagt. Interessant ist dann, wie die Entwicklung ab der 7. Woche Krankheit aussah. Bis 1967 erhielten sie, wenn sie über sieben Wochen krank waren, 50 % des beitragspflichtigen Lohnes (dieser lag bei 600 Mark) Krankengeld. Das waren also 300 Mark. Ab 1967 trat die erste Verbesserung ein, da erhielten Arbeitnehmer mit 2 und mehr Kindern in der 7. bis 13. Krankheitswoche ein erhöhtes Krankengeld in Abhängigkeit von der Kinderzahl zwischen 65 und 90 %. Dafür mußten sie dann aber auch 5 und mehr Kinder haben.

Das System wurde geändert. 1971 hatten Arbeitnehmer dann die Möglichkeit, sofern sie über 600 Mark verdienten, in die Freiwillige Zusatzrentenversicherung einzutreten. Man konnte eine höhere Rente erwerben, aber auch gleichzeitig erwarb man einen Anspruch auf eine höheres Krankengeld ab der 7. Krankheitswoche, denn 1. bis 6. Woche war einheitlich mit 90 % geregelt.

Zu den Arbeitnehmer mit einem monatlichen Einkommen bis 600 Mark: Arbeitnehmer, die unter 600 Mark verdienten, gab es zu diesem Zeitpunkt nicht wenige. Arbeitnehmer, die über 600 Mark verdienten, aber der Zusatzrentenversicherung beigetreten waren, erhielten dann von der 7. bis zur 39. Woche an ein erhöhtes Krankengeld zwischen 70 und 90 % in Abhängigkeit der Kinderzahl. Für andere Arbeitnehmer, die nicht der Zusatzrente beitraten, aber über 600 Mark verdienten, galt die alte Regelung von 1967 fort. Entweder sie hatten zwei Kinder und mehr, bekamen erhöhtes Krankengeld, oder sie hatten ein Kind oder keine Kinder, dann bekamen sie höchstens 300 Mark.

Dieses System wurde dann später noch einmal mit Einführung des Arbeitsgesetzbuches verändert, als die Dauer der Krankengeldzahlung auf 78 Wochen ausgedehnt wurde. Es gab dann später besondere Vergünstigungen für Familien mit mehreren Kindern usw. Besondere Regelungen für das Krankengeld gab es für Tuberkulosekranke. Sie erhielten ein 10 % höheres Krankengeld und zwar bezogen auf das Krankengeld bei Freiwilliger Zusatzversicherung aber maximal 90 %. „Kämpfer gegen den Faschismus und Verfolgte des Faschismus“, dazu war eine besondere Anerkennung erforderlich, erhielten

Krankengeld in der Höhe des Nettodurchschnittsverdienstes. Bei Arbeitsunfällen wurde unabhängig von der Dauer der Krankheit ein Lohnausgleich bis zum Nettolohn gezahlt. Bei Quarantänefällen, die gab es auch, wurde 90 % des Nettolohnes gezahlt. Sie sehen, es handelte sich um ein äußerst differenziertes System.

Wenn man dies nachvollziehen will, muß man konstatieren, daß es auch Verbesserungen gab. Diese waren aber immer wieder auf das eine Ziel abgelegt, nämlich auf die sogenannten sozialpolitischen Zielstellungen, die Leute in den Arbeitsprozeß reinzubringen und dann auch über diese Form der Stimulierung abzudecken.

Ich komme zur zweiten Frage, die an mich gerichtet wurde. Es geht um mögliche Vorteile als Mitglied des FDGB. Das ist ein Bereich, über den man noch länger nachdenken müßte, zunächst ist es einmal eine Bewertungssache. Mir ist im Moment auf die Schnelle als Stichwort eingefallen, daß das zunächst einmal kein Vorteil war, sondern ein Minimum der Anpassung. Die meisten Leute waren im FDGB, das war Voraussetzung für den „Titelkampf". Genauso wie im „Titelkampf" die Mitgliedschaft in der DSF fast immer vorausgesetzt wurde. Etwas anderes wurde nicht toleriert, und die Leute wurden dann letzten Endes nach dem Motto: „Ja, sonst können wir die Prämie nicht bekommen" von ihren eigenen Kollegen dazu gebracht, Mitglied zu werden. Es gab da wenig Standhafte, möchte ich einmal betonen. Die praktischen Vorteile bestanden darin, daß man an sogenannten FDGB-Plätzen teilhaben konnte. Das war aber sehr unterschiedlich, was man da abbekommen hat. Ich bin seit 1963 im FDGB gewesen, bereits als Lehrling. Ich glaube, daß ich zweimal Ferienplätze bekommen habe, mit meinen Kindern einmal und zweimal außerhalb der Saison. Das ist etwa die Größenordnung, in der sich das bewegte. Manche Leute haben 10, 12 Jahre oder länger auf einen Ferienplatz warten müssen.

Man hatte den Vorteil, daß man an Brigadefeiern und Ausflügen teilnehmen konnte. Hierbei möchte ich bemerken, daß das Geschmacksache war. Das hing auch von dem Kollegenkreis ab, von dem Betrieb, inwieweit man das gestalten konnte. Man hatte weiterhin den Vorteil, daß man „Theaterringe" nutzen konnte. Es gab eine Menge Kulturangebote. Es galt der Anspruch, daß die Arbeiterklasse Bildung und Kultur erhalten solle, insofern gab es auch eine Menge umsonst. Manche Leute haben das genutzt, manche haben sich in das Kulturprogramm reingequält. Es war Bestandteil des Wettbewerbs in vielen Betrieben. Auch hierzu muß ich anmerken, daß dies jeder anders bewerten wird.

Wichtig war diese Mitgliedschaft im FDGB natürlich als Mindestanpassungszugeständnis bei der Verteilung der Prämie. Das war auch sicher unterschiedlich, aber da ging es nicht nur nach Leistung. Da wurden auch die unterschiedlichen Beiträge, die der einzelne leistete, beachtet. Ich habe immer gesagt, Genossen erhielten dann erst einmal 50 Mark für ihren Parteibeitrag wieder zurück. Das ist sicherlich nur im Einzelfall nachweisbar und kann nur aus eigenem Erleben berichtet werden.

Für den FDGB würde ich das so zusammenfassen: Man hatte gewisse soziale Vorteile. Währenddessen würde ich jetzt die Mitgliedschaft im DGB doch aus den Berichten, die mir bekannt sind, mehr so sehen, daß man sich dort einen Schutz verspricht. Gerade in der Zeit nach 1990/91 verspricht man sich einen Rechtsschutz, und hofft, im Bereich der tariflichen Entlohnung zu sein.

Ich komme zur dritten Frage, die mir von Herrn Kuhn gestellt wurde. Es geht um den Sozialversicherungsbeitrag und die Frage, wie denn das eigentlich alles finanziert werden konnte? Ich habe nicht erwähnt, daß der Beitrag, den der Arbeitnehmer in die Sozialversicherung eingezahlt hat, also diese 10 % seines Lohnes, zunächst bis auf 60 Mark begrenzt waren. Später, mit der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZRV), lag die Grenze bei 1.200 Mark und noch später war es sie nach oben offen. Wenn sie über 1.200 Mark verdienten, hatten sie den Vorteil, daß sie nach 25 Beitragsjahren keinen Beitrag mehr zahlen mußten. Mit anderen Worten bedeutete dies, um so eher sie in die FZRV hineingingen, lohnte sich das finanziell. Das waren immer 10 % von Ihrem Lohn, den sie dort gezahlt haben und dazu hatte der Betrieb früher auch 10 % zu zahlen. Mit Einführung der FZRV (das muß ich jetzt offen lassen, bis wann der Zeitpunkt war), als die Grenze über 1.200 Mark geöffnet wurde, hatte der Betrieb 12,5 % Beitrag zu zahlen. Die Gesamtrechnung kann ich Ihnen nicht auf Anhieb offenbaren. Heute kommt noch unser Sozialminister, vielleicht können Sie ihn bitte noch dazu befragen. Ansonsten verweise ich auf die Literatur, die die Zuschüsse des Staates zur Sozialversicherung deutlich macht. Ich habe das entsprechende Buch mit. Ich könnte dann noch nachschauen in welcher Größenordnung der Staatshaushalt hier, das war ja dann die sogenannte zweite Lohntüte, zugeschossen hat.

Die Sozialversicherung war aus diesen Beiträgen und aus den Betriebsbeiträgen trotz der niedrigen Renten nicht finanzierbar. 1990 wurde das dann auch offensichtlich. Die Transfers nach Ostdeutschland werden gebraucht. Es wurde in der DDR beispielsweise in keine Arbeitslosenversicherung eingezahlt, das ist übernommen worden. Denken Sie bitte an diese Sonderregelung für ehemalige Selbständige in der DDR, die sich noch eine Zeitlang bei den Arbeitsämtern arbeitslos melden konnten. Auch sie haben gewissermaßen niemals eingezahlt. Ich muß also hier konkrete Zahlen schuldig bleiben.

Ich komme zur vierten Frage, zur Lebenserwartung. Die Lebenserwartung lt. Statistischem Jahrbuch betrug 1950 bei Männern 64,6 Jahre, bei Frauen 68,5 Jahre. In der ehemaligen DDR waren es bei Männern 65,1 Jahre und 69,1 Jahre bei Frauen. Woran dieses Verhältnis liegt, ob das mit der Zuwanderung, also mit den damaligen Vertriebenen usw. zusammenhängt, vermag ich jetzt nicht zu sagen. 1989/91 – hier hat man immer drei Zeitjahre zusammengenommen – lag die Lebenserwartung für Männer in der Bundesrepublik bei 72,7 Jahren, in der ehemaligen DDR bei 70 Jahren und bei Frauen war das Verhältnis 79,1 Jahre zu 76,2 Jahre.

Ich erinnere außerdem an Berichte, die über die regional differenzierte Lebenserwartung vorliegen, speziell an das Chemiedreieck. Soviel vielleicht zu diesem Punkt.

Die letzte Frage bezog sich auf die Kontrollmechanismen im Betrieb: ABI, FDJ-Kontrollposten und Arbeiterkontrolle. Ich kann hier kaum aus eigenem Erleben berichten. Was mir in Erinnerung ist: Bei den FDJ-Kontrollposten und bei der sogenannten Arbeiterkontrolle ging es vorwiegend um die Kontrolle der betrieblichen Pläne, d. h. ob diese erfüllt wurden. Das ist meine Erinnerung daran. Es ging insbesondere auch um Qualitätsfragen, währenddessen die ABI auch eine überbetriebliche Wirkung erzielte. Die ABI hatte natürlich erst einmal im Betrieb, im Kombinat, ihr Feld. Ich entsinne mich aber auch an mein eigenes Wohngebiet, als die ABI einmal kontrollierte, wer denn dort außerhalb der üblichen Zeiten verweilte oder extra bei Autoersatzteilen vorfuhr. Das waren verschiedene Aktionsfelder der ABI. Ansonsten verfüge ich hier über keine speziellen Kenntnisse.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Herzlichen Dank Herr Dr. Lubk. Jetzt gehen wir zum nächsten Block. Zunächst Kollege Dr. Elm bitte.

**Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS):** Ich möchte davon ausgehen, daß die Masse der Einschätzungen, der kritischen Beschreibungen, die von Wissenschaftlern und Beteiligten in ihren Erfahrungsberichten gestern und heute vorgetragen wurden, zustimmungsfähig sind, auch wenn das manchmal nicht leicht ist, bei dem kritischen Gesamtbild, das sich da für die DDR ergibt. Die Probleme, mein Einwand, auf die daran geknüpften Fragen, gehen mehr dahin, daß doch Erscheinungen der Selektion vorhanden sind, um bestimmte Urteile, manchmal auch Vorurteile, zu untersetzen, zu stützen.

In dem Sinn an Professor Vollmer, anschließend an seine einleitende Aussage, daß die Sozialpolitik im wesentlichen eine ökonomische Funktion war, eine Funktion der Vollbeschäftigung, der Arbeitsmarktpolitik, die folgende Frage: Könnte man heute sagen, daß das humanistische Motiv dabei Fassade gewesen ist, daß er das offenbar nicht als ernsthafte eigenständige Größe in Rechnung stellt? Ich verleugne nicht den Historiker bei der Frage. Glauben Sie nicht, daß in diesem Versuch DDR zumindest von den Anfängen her, nach 1945 und 1949, auch etwas neben Stalinismus, neben Deformation, neben Fragwürdigen und auch neben den späteren Fehlentwicklungen, dem Scheitern, wirksam gewesen ist, was in Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert wurzelt? War da nicht etwas auch in dem, wie es sich dann in der kommunistischen Bewegung in der Weimarer Republik fortsetzte? Die Erfahrungen reichen bis in die Weltwirtschaftskrise hinein. Diese sozialen Bereiche des deutschen Volkes, der Arbeitnehmerschichten usw., nahmen eine Gestalt in bezug auf eine neue, veränderte Gesellschaft, allerdings in solch einer Weise, in solch einer dogmatischen Verhärtung an, daß sogar die Umstände und Motive sowie die Geisteshaltung der Reformunfähigkeit daraus erwuchsen. Dies geschah aus dem Grunde, weil man nicht mehr für neue Entwicklungen

offen war, und schon gar nicht für die Kompliziertheit, eine überhaupt völlig neuartige und entwicklungsfähige Gesellschaft zu schaffen. Vieles entnahm man alten Leitbildern.

Ich frage auch deshalb, weil wir diese vielen Mosaiksteine zu einem bestimmten Gesamtbild zusammenfügen wollen. Dabei ist es nicht unwichtig zu wissen, ob hier das Resultat herauskommt, daß das mehr oder weniger vom Ursprung her oder sogar durchweg ein kriminelles Unterfangen war, oder ob das Gegenteil der Fall war. Was ich aus vielen Beiträgen heraushöre, macht deutlich, daß die Untersuchung doch eine differenziertere Wertung verdient. Es ist jedenfalls kein Argument, das dazu benutzt werden sollte, sich gegen die schonungslose Aufarbeitung zu wenden.

Zweitens möchte ich herausstellen, daß das von der Einordnung her, auch von der Vorgeschichte sowie von den Traditionen her, die da wirksam wurden, vom Ursprung und den Grundlagen der DDR kam. Das Recht auf Arbeit schließt hieran an. Auch hier höre ich, daß das Recht auf Arbeit, Vollbeschäftigung, von vornherein auch, wie es dann auch in der DDR nicht bewältigt wurde, vorrangig und durchgängig abschätzig beurteilt wird.

Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Vollmer und Herrn Dr. Lubk. Ich würde gern aus ihrer Erfahrung heraus wissen, ob das Recht auf Arbeit, auch wirklich vor dem Hintergrund dieser Herkünfte, dieser Tradition, ein eigenständiger und erheblicher Wert in dieser DDR gewesen ist? Was nicht ausschließt, daß die Dinge instrumentalisiert wurden, daß man mit an diesem Anspruch gescheitert ist. Ist dieser Wert nicht doch anzuerkennen? Ich glaube, daß sich dieser Wert auch bis ins geistig-kulturelle Leben hinein nachweisen läßt, z. B. bei dem Versuch der Gestaltung der sozialen Beziehungen. Dieser Umstand sollte vielleicht auch manchmal zu vollmundige Aburteilungen ausschließen, zumal wir nun neu erleben, daß der legitime Anspruch auf Arbeit, auf Selbstverwirklichung, in neuer Weise auch in dieser Gesellschaft nicht oder immer weniger erfüllt werden kann. Könnte man nicht polemisch sagen, ABM und ähnliche Einrichtungen, auch was wir und andere fordern, sowie der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, wären ja dann auch verdeckte Formen der Arbeitslosigkeit, bei allen Unterschieden, die da drin stecken, weil wir hier ein hocheffizientes wirtschaftliches System vor uns haben? Man muß dann diese Probleme der Arbeitslosigkeit, der Nichtvollbeschäftigung anders lösen, wenn man nicht den Anspruch aufgeben will, der Masse seiner Bürger solche elementaren Rechte auf Bildung, Arbeit, Selbstverwirklichung zu garantieren.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Herr Kowalczuk bitte.

**Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk:** Meine ersten Bemerkungen richten sich an Herrn Kube. Wir reden hier über ein Stück DDR-Wirklichkeit und mein Eindruck ist der, daß es immer wieder ein großer Unterschied war, und der wird es wohl auch immer bleiben, ob man auf einer Kommandobrücke steht und über

die Wellen schaut oder unten im Heizungskeller die Kohlen hineinschmeißt. Ihre Ausführungen über das „sozialistische Bewußtsein“, über die Solidaritätszahlungen sowie die Zahlungsmoral der Leute in ihren Betrieben, scheinen mir doch ein ziemlich großer Tobak zu sein, weil darüber an sich gar nicht geredet wurde.

Als ich Anfang der 80er Jahre in einen Berliner Betrieb als Maurer kam, wurde mir mit den Einstellungsunterlagen ein Haufen Zettel vorgelegt, die ich alle unterschreiben mußte. Darunter war auch ein FDGB-Buch. Mit der FDGB-Mitgliedschaft war automatisch verbunden, daß man jeden Monat einen bestimmten Betrag einzuzahlen hatte, über den man überhaupt nicht nachdachte und über den gar nicht gesprochen wurde. Das war einfach ein Teil dessen, wie Herr Lubk anmerkte, der Minimalkonsens, den man mit der Gesellschaft praktisch aushielt. Das war jetzt keine Frage, sondern eine Bemerkung. Jedenfalls scheint mir das doch ziemlich an der Sache und an dem allgemeinen Bewußtsein vorbeizugehen.

Ich komme jetzt zu drei Fragen, die sich sowohl an Herrn Vollmer als auch an Herrn Lubk richten. Mir scheinen bisher mehrere Punkte in der Diskussion unterbelichtet geblieben zu sein. Der erste Aspekt wäre, daß man noch einmal herausarbeiten sollte, auf wessen Kosten und auf wessen Lasten diese Sozialpolitik der DDR eigentlich gefahren wurde. Eine Gruppe blieb in den ganzen Jahren immer außen vor. Das war die Gruppe der Rentner. Als jüngstes Mitglied der Enquete-Kommission ist es mir ein besonderes Anliegen, darauf noch einmal hinzuweisen. Sozialpolitik war vor allen Dingen eine Alimentierung bestimmter privilegierter Gruppen und der Jugend.

Der zweite Punkt, den ich gerne noch einmal ansprechen möchte, und zu dem ich gerne von Ihnen etwas hören würde, betrifft folgenden Aspekt: Sozialpolitik diente in der DDR ganz wesentlich auch der Privilegierung verschiedener Gruppen. Es gab zwar ein einheitliches Sozialsystem, Versicherungssystem, aber zu diesem Sozialversicherungssystem gab es über 20 verschiedene Zusatzversicherungssysteme. Es gab eine Intelligenzrente, eine Parteirente, eine zusätzliche Rente für Leute aus dem Staatsapparat, um nur einige Beispiele zu nennen. Es gab z. B. Intelligenzläden in den 50er Jahren, also spezielle Einkaufsläden, in denen Angehörige der Intelligenz hineingingen, und dieses System reichte bis hin zu Bildungsprivilegien. Bei der Intelligenz wurde die Sozialpolitik auch dazu praktisch genutzt, um bestimmte Gruppen politisch an das System zu binden. Ich glaube, diesen Aspekt muß man auch noch einmal herausarbeiten.

Ich komme jetzt zum dritten Punkt, der mir ganz besonders wichtig erscheint. Es handelt sich um die Frage, wie eigentlich die Menschen mit der sozialen Wirklichkeit in der DDR tatsächlich umgegangen sind? Es gibt so bestimmte Dinge, die einfach weggerückt wurden, und die auch nur wenigen Historikern bekannt sind. Um ein Beispiel zu nennen: In den 50er Jahren gehörten Arbeitsniederlegungen zum Alltag der DDR-Wirklichkeit. In den Unterlagen der SED und vom FDGB finden sich hunderte Streiks monatlich. Wobei man na-

türlich darüber streiten kann, wie man einen Streik definiert, aber es finden sich in dieser Zeit viele Arbeitsniederlegungen. Streiks fanden auch in den 70er und 80er Jahren, zwar nicht in diesen Größenordnungen, aber immer noch Anwendung. Das heißt, daß kleinere Arbeitskollektive zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen durchaus auch bestimmte, nicht vorgesehene Methoden anwandten. Es handelte sich somit um Menschen, die sozusagen vom System kriminalisiert worden sind. Zu diesem Themenbereich, wie die Menschen mit dieser sozialen Wirklichkeit umgegangen sind, würde ich gerne etwas erfahren. Schönen Dank.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Kollege Poppe bitte.

**Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich kann gut an das zuletzt aufgeworfene Thema anknüpfen und hierbei versuchen, ein bißchen von der anderen Seite, als Herr Dr. Elm das getan hat, zuzuspitzen.

Ich komme zur ersten Fragestellung. Erhöhung der Akzeptanz für das System durch gezielte Erzeugung kompensatorischer Bedürfnisse in Form der Sozialpolitik, in Form auch bestimmter Formulierungen kollektiver Rechte. Diese wirken bis heute nach, indem in der heutigen aktuellen Debatte immer noch kollektive gegen Individualrechte oder sogenannte soziale Rechte gegen politische Freiheitsrechte gesetzt werden, in der Erinnerung sowie auch aus Verklärung an das verflossene System.

In diesem Zusammenhang, mehr auf den individuellen Aspekt gerichtet, komme ich zur zweiten Fragestellung. Sozialpolitik als präventives Instrument der Herrschaftssicherung, auch in Form von Gewährung und Entzug kleiner Privilegien. Es wurde heute ein großer Katalog von solchen Einzelpunkten genannt, und es gibt verschiedene Hinweise aufgrund der vorliegenden Akten der Staatssicherheit, wie systematisch solch ein Privilegienentzug in abgestufter Form zur Disziplinierung von Einzelpersonen genutzt wurde. Umgekehrt wurde auch die gezielte Vergabe einzelner Privilegien genutzt, um bewußt Unterschiede zu erzeugen, um damit auch zu dem gewünschten Resultat zu kommen. Diese Handhabung ist nachlesbar in diversen Zersetzungsplänen der Staatssicherheit, die sich auf den betrieblichen Rahmen beziehen. Mir sind aus meiner Kenntnis von Akten diverse Versuche der Einwirkungsmöglichkeiten von SED und Staatssicherheit in den Betrieben – auch in individuellen Fällen – bekannt. Diese erstreckten sich von konspirativen Durchsuchungen der Arbeitsplätze bis hin zur Festlegung von Schichtplänen und einer Einwirkung von außen, die dann nur noch von dem jeweiligen Betriebsleiter aufgenommen und durchgeführt werden mußte.

Als letzten Punkt in diesem Zusammenhang möchte ich folgende Frage aufwerfen: Könnten Sie zu diesem Konflikt etwas sagen, der dazu führt, daß auf der einen Seite so etwas wie ein vorauseilender Gehorsam der betrieblichen Hierarchie gegenüber diesen äußeren Einflüssen entsteht? Ich würde gern erfahren, in welchem Ausmaß diese äußeren Einwirkungen dann tatsächlich eine große Rolle gespielt haben. Ich weiß nicht, inwieweit Ihre persönliche Kennt-

nis über solche Vorgänge reicht. Meine Frage richtet sich speziell an Herrn Professor Vollmer sowie an Herrn Dr. Lubk.

In dem Artikel des heute nicht anwesenden Professor Hockerts findet man einen Gedanken zum Sicherheitsbegriff. Ich finde das sehr interessant, also soziale Sicherheit und Staatssicherheit, zwei Seiten ein und derselben Medaille. Soweit meine These.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Danke sehr. Jetzt kommen wir zur Wortmeldung von Herrn Gutzeit .

**Sv. Martin Gutzeit:** Ich möchte dieses Thema, das Herr Kowalczuk gerade ansprach, nämlich das Zusatz- und Sonderrentenversorgungssystem als Privilegienwirtschaft, aufgreifen. Können Sie, Herr Dr. Lubk oder Herr Vollmer, etwas dazu sagen, wie diese Systeme finanziert wurden? Dieser Bereich ist für die Frage heutigen Anspruchdenkens bei der Überführung dieser Ansprüche nicht unwichtig. Ich halte es auch für eine wichtige Frage, in welchen Relationen das stand. Wie stand es um die Versorgungen z. B. eines Normalrentners, der ohne Zusatzrentenversicherung abgesichert war? In welchem Verhältnis stand das einstige Nettoeinkommen zu den späteren Renten?

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Vielen Dank. Wir haben jetzt Fragen, die sich an Herrn Professor Vollmer und Herrn Dr. Lubk richten.

**Prof. Dr. Uwe Vollmer:** Ich möchte gleich zur Frage von Herrn Dr. Elm kommen. Zuvor muß ich natürlich einräumen, daß ich kein Historiker bin und insofern nicht ganz der richtige Adressat bin. Ich würde aber vermuten, daß es da sicherlich Verbindungen gibt. Das, was ich eben referiert habe, war der Anspruch der Sozialpolitik, wie man sie auch aus der DDR-Literatur herauslesen konnte. Hier wurde eben ganz klar gesagt, Sozialpolitik bedeutet für uns nicht Absicherung gegen die Wechsellagen des Lebens, Vorsorge gegen bestimmte Risiken, die eintreten können, zu treffen, sondern Sozialpolitik bedeutete oder war geknüpft an den Träger des Faktors Arbeit. Sozialpolitik sollte den arbeitenden Menschen zugutekommen und ihnen ermöglichen, durch ihre menschliche Arbeitskraft Einkommen zu erzielen. Das war die Grundidee. Im Grunde handelte es sich hierbei, so habe ich es formuliert, um Vollbeschäftigungspolitik.

Indiz dafür, das hat Herr Kowalczuk eben angesprochen, ist z. B. die Tatsache, daß die Renten relativ niedrig und nicht dynamisiert waren. Insofern will ich das auch mit den Privilegien so teilen. Indiz dafür ist z. B. auch, daß es keine Arbeitslosenversicherung ab dem 1. Januar 1978 gab.

Daran knüpft auch die zweite Frage bezüglich des Rechts auf Arbeit sowie der daraus folgenden Konsequenzen an. Herr Dr. Lubk hat eben auch schon eingeführt, daß das Recht auf Arbeit natürlich kein Recht auf Bildung automatisch verkörperte. Man mußte bestimmte Kriterien erfüllen, um in die Bildungseinrichtung zu kommen. Nur die Konsequenzen dieses Rechts auf Arbeit waren

eben Produktivitätseinbußen. Ich will es einmal anders formulieren, das Recht auf Arbeit bedeutete kein Recht auf Konsum, sondern das Gegenteil war der Fall. Das ist eben die Kehrseite des Rechts auf Arbeit, mit der Konsequenz, daß das, was Sie angesprochen haben, natürlich nicht für die DDR gilt, sondern das wäre jetzt eine vergleichende Fragestellung mit den ABM-Maßnahmen. Ich drücke es einmal vorsichtig aus, aber in der Tendenz geht das natürlich in die ähnliche Richtung. Das wäre jedenfalls meine Vermutung.

Daß das auch mit Ineffizienzen verbunden ist, brauche ich nicht extra betonen. Es gibt Klagen, daß z. B. Gartenbaubetriebe darunter leiden, daß sie am Markt nicht mehr die Position halten können, weil sie eben von ABM-Maßnahmen verdrängt werden.

Ich möchte hier ein bißchen vorsichtig sein. Von der Tendenz her würde ich das auch so sehen, daß das durchaus ähnlich ist.

Vielleicht darf ich noch zu Herrn Kowalczuk etwas sagen. Mit den Renten, sehe ich das genauso wie Sie, das stellte eine der Lasten der Sozialpolitik dar. Die große Last der Sozialpolitik, die Kehrseite war eben, daß der Konsum rationiert war. Konsum hing nicht mehr von der Leistungsfähigkeit und der Leistungsbereitschaft ab, sondern er hing ab von der Zufälligkeit, ob man über Westdevisen verfügte, ob man zur Nomenklatura gehörte etc.

Eine weitere Last, eine weitere Kehrseite waren die Renten. Diese waren sehr niedrig und nicht dynamisiert.

Ich komme jetzt zu den Streiks und somit zum dritten Punkt, den Sie ansprachen. Die von Ihnen gegebenen diesbezüglichen Hinweise nehme ich dankbar zur Kenntnis. Mir war nicht bekannt, daß es auch in den Betrieben Streiks oder Widersprüche gab.

Herr Poppe richtete an mich die Frage nach der Finanzierung des Systems. Ich kann jetzt nicht mit Bestimmtheit sagen, wie jede soziale Leistung im einzelnen finanziert worden ist. Ich kann Ihnen nur unter dem Strich das Ergebnis vorstellen. Das wäre grob gesprochen, Inflation. Wir hatten in der DDR eine Ausweitung der Geldmenge im Vergleich zu der Güterproduktion, die sich eben nicht in steigenden Preisen, wie wir es in Marktwirtschaften gewohnt sind, niederschlug, sondern in einer anderen Form der Inflation. In der Volkswirtschaftslehre bezeichnen wir das als Kassenhaltungsinflation. Das Phänomen äußert sich darin, daß die Wirtschaftssubjekte immer größer werdende Kassenbestände akkumulieren mußten, die sie nicht verausgaben konnten.

Das ist auch ein anderes Indiz für diese volkswirtschaftliche Krankheit Inflation. Diese Kassenhaltungsinflation war typisch für sozialistische Planwirtschaften, auch für die DDR. Ich könnte Ihnen jetzt Zahlen nennen, wie der Kassenbestand relativ zum Einkommen angestiegen ist, das sind so Wachstumszahlen von 2-3 % oder auch größere Prozentzahlen pro Jahr. Die Finanzierungsseite war im Grunde Inflation. Dabei handelte es sich nicht um eine offene, durch Preissteigerungen bewirkte Inflation, sondern um eine verdeckte

Inflation, weil die Preise administrativ festgelegt worden sind, durch Akkumulation von Kassenbeständen. Die Symptome erblickt man dann in Warteschlangen, in Umgehungsversuchen über Westdevisen etc.

**Zwischenruf:** Ich habe eine Frage zur spezifischen Finanzierung der Renten und Zusatzversorgungssysteme. Wie passierte diese, beitragsbezogen oder über den Staatshaushalt? Wie funktionierte das?

**Prof. Dr. Uwe Vollmer:** Ich muß die Frage weitergeben.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Dann hoffen wir, Herr Dr. Lubk, daß Sie diese Frage mit beantworten können. Sie haben das Wort.

**Dr.-Ing. Rainer Lubk:** Ich gehe am besten der Reihe nach vor.

Ist das Recht auf Arbeit, hat Herr Dr. Elm gefragt, als eigenständiger Wert oder erheblicher Wert zu sehen? Diese Frage stellte er bezugnehmend auf die Situation vor 1933 oder auf der Geschichte oder die Arbeiterbewegung.

Als erstes möchte ich konstatieren, daß ich kein Historiker bin. Ich stehe hier mit meinen eigenen Erfahrungen und spreche aus meiner Sicht und aus dem, was ich glaube, aus der Geschichte zu kennen.

Man kann die Frage so nicht beantworten, weil man sich anschauen muß, welchen Stellenwert Arbeit in der Entwicklung der Geschichte hat. Da können wir uns die Situation vor dem Christentum, im Christentum und in der Industriegesellschaft anschauen und die Situation heute betrachten.

Ich denke, wir können heute mit Recht formulieren, daß Arbeit natürlich etwas wichtiges ist, aber die heutige Erwerbsarbeit, so wie wir sie bisher verstehen, im Abnehmen begriffen ist. In den letzten 20 Jahren ist das Arbeitsvolumen in Deutschland, aber auch in anderen industrialisierten Staaten um 20 % zurückgegangen. Dieser Umstand hat schon etwas mit unserer technischen Entwicklung zu tun, mit der Basis, an die wir uns insgesamt gebunden fühlen, mit unserem sozialen Sicherungssystem etc.

Es geht nicht um die Zerstörung, was dann immer unterstellt wird, wir haben einfach die Realität zur Kenntnis zu nehmen. In einer Industriegesellschaft war das anders. In der Gesellschaft, die nach der Industriegesellschaft kommen wird, egal wie man sie jetzt bezeichnen möchte, wird es wieder anders sein.

Kann man diese Dinge, ich will dieser Frage nicht ausweichen, nicht einfach formal übertragen?

Ich komme jetzt zum zweiten Punkt. Ich wurde 1946 geboren. Aus Erzählungen habe ich von anderen Leuten, die ich kennengelernt habe, und die damals alt waren, noch einiges mitbekommen. Natürlich spielte dort die Arbeit den zentralen Punkt. Von der Arbeit konnte und mußte man sich ernähren. Für denjenigen, der keine Arbeit hatte, sah es ganz böse aus. Denken wir allein an die Situation der 30er Jahre. Eine Arbeitslosenversicherung herrschte vor, die

für etwa 600.000 Leute konzipiert war, aber daraus sind dann natürlich Ansprüche und Hoffnungen erwachsen. Insofern würde ich sagen, sind gerade am Anfang der DDR diese Hoffnungen logischerweise mit hineingekommen und gepflegt worden.

Die Zeit bleibt jedoch nicht stehen, und wir müssen heute, so schwer das auch aus der Sicht eines Arbeitslosen ist, der für diese Gedanken nicht viel Verständnis aufbringen wird, einfach zur Kenntnis nehmen, daß wir uns mit den Problemen auseinanderzusetzen haben, daß sich die Rolle der Erwerbsarbeit in unserem Leben kräftig verändern wird. Vielleicht gelingt das schneller, als ich mir das vorstellen kann, wenn ich an die technischen Entwicklungen denke.

Die nächste Frage wurde mir von Herrn Kowalczuk gestellt. Er möchte gern wissen, auf wessen Kosten und Lasten die Sozialpolitik gemacht wurde. Ich stimme Ihnen zu, was Sie gesagt haben. Im Prinzip wurde die Sozialpolitik zu Lasten der Älteren durchgeführt.

Ich habe in meinem Beitrag auf die niedrigen Renten bereits hingewiesen. Um es an einem drastischen Beispiel zu veranschaulichen: Wenn eine Oma drei Kinder hatte, und sie denen Geschenke machen wollte, mußte sie angesichts der steigenden Preise in der DDR, wir hatten mehrere Warengruppen, die immer eine Stufe höher kletterten, sehr genau überlegen, ob sie sich das erlauben konnte. An diesem praktischen Beispiel einer Rentnerin, die 40 Jahre gearbeitet hat und wo kein Ehemann mehr im Haus war, und somit nicht wenigsten zwei Renteneinkommen vorhanden waren, kann man gut nachvollziehen, daß die alte Dame, trotz niedriger Miete, trotz der Brötchen für 5 Pfennig, es schwer hatte, zu Ostern, zu Pfingsten, zu Weihnachten usw. Geschenke zu machen. In diesem Fall sage ich, daß Sozialpolitik auf Kosten der Älteren ging.

Insgesamt müssen wir natürlich sehen, daß die Sozialpolitik auf Kosten der gesamten Gesellschaft ging, das war einfach nicht bezahlbar.

Ich komme zur nächsten Frage: Sozialpolitik als Privilegierungsmittel? Ich möchte diese Aussage bestätigen. Vorhin wurde das sogenannte Westgeld angesprochen. Nach meiner Kenntnis gab es Leute, die regelmäßig Westgeld erhielten. Das begann z. B. bei einer Verkäuferin im Intershop, die 30 DM bekam. Die offizielle Begründung für diese 30 DM, lautete, daß man auf diese Weise kleinen Diebstählen entgegenwirken wollte.

Es gab aber auch andere Formen der Privilegierungen. Wer kam z. B. in den Genuß einen PKW zu bekommen? Hierbei ging es nicht bloß um den PKW sowie um die 16-17 jährige Wartezeit, wie man damit umgehen konnte, sondern es ging letztlich um bares Geld. 1980 kostete ein 10 Jahre alter Wartburg 21.000 Ostmark. Der neue war billiger. Auch diese Tatsache muß man sehen. Im Edelstahlwerk Freital, vielleicht auch im EKO, gab es Sonderzuführungen für solche PKW's. Wer in diesen Genuß kam, bekam es auch manchmal für seine geleistete Arbeit und für seine erbrachte Leistung, aber immer weniger mit Sicherheit.

Ich komme jetzt zu dem Themenkomplex der Zusatzversicherungen. Man muß auch hier wieder sehen, daß die Zusatzversicherung für die Intelligenz in den 50er Jahren sicher ein Mittel war, um zu verhindern, daß sich noch mehr der sogenannten Republikflucht anschlossen. Dies war ganz klar politisch und ökonomisch motiviert.

In den späteren Jahren wollte man die Leute dadurch an den Staat binden. Ich habe auch solche Stimmen von Bekannten gehört, die gesagt haben, wir müssen hier die sogenannte Drecksarbeit machen und haben keine Privilegien. Wenn irgendwo etwas in der DDR brannte, versuchte man es über den Lohn oder über die Prämie zu regeln. Deswegen sind diese ganzen Systeme auch so schwer übersichtlich.

Zu den konkreten Auswirken, die damit verbunden waren, möchte ich folgendes anführen: Ich habe schnell einmal in dem Buch „Geschichte der Sozialpolitik“ (es gibt drei Bände) nachgelesen. In diesem Buch habe ich neben aufschlußreichen Tabellen auch für unsere Thematik wichtige Zahlen gefunden. Der Staatszuschuß bei den Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten betrug im Jahre 1989 48 %. Er lag 1960 einmal bei 16 % und ging dann stetig hoch. Im Jahre 1977 wurden bereits 46 % erreicht, und von dieser Zeit an ging diese Entwicklung nur langsam höher. Ich glaube diese Zahlen sprechen für sich. Ich weiß jedoch nicht exakt, durch wen das Sonderversorgungssystem für langjährige Parteimitglieder bezahlt worden ist, oder der Rentenzuschlag für 25jährige Kampfgruppenmitgliedschaft von 100 Mark. Für die beiden Dinge vermag ich mich nicht zu verbürgen, ob die möglicherweise aus SED-Konten gezahlt worden sind, es waren ja Kampfgruppen der Arbeiterklasse oder aus dem allgemeinen Rentensystem.

Aber die Staatszuschußhöhe bei den Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten betrug 1989 fast 50 %.

Die allgemeine Altersrente betrug 1989 446,62 Mark. Wer eine Zusatzrente hatte, bekam im Durchschnitt – das ist das Problem, daß das jetzt Durchschnitte sind – ungefähr 69 Mark mehr als diese Altersrente.

Für besondere Rentenzahlungen, also betriebliche Zusatzrenten werden folgende Werte angegeben: Die betriebliche Zusatzrente betrug 1989 etwa 20 Mark. Für die Altersversorgung der Intelligenz wird hier ein Durchschnittswert von insgesamt 819 Mark angegeben. Das ist also gegenüber den 446 Mark beträchtlich mehr, und für die Mitarbeiter des Gesundheitswesens wird hier ein Durchschnittswert in der Rente von 477 Mark angegeben, also wenig mehr als die Altersrenten.

Es bliebe nun weiteren Untersuchungen oder Forschungen – vielleicht existieren sie auch – vorbehalten, aus diesen wenigen Werten und in Ergänzung einmal einen Vergleichswert aufzustellen, mehr kann ich Ihnen hier an dieser Stelle nicht sofort anbieten.

Nur noch eine Anmerkung dazu: Der Vorteil einiger dieser Zusatzrentensysteme bestand darin, daß man die Rente, den Anspruch erwarb, aber keinen Beitrag dafür zahlen mußte. In den 70er Jahren gab es Versuche, daß Leute, die eine sogenannte Intelligenzrente hatten, dann in die FZRV kamen und dann Beiträge zahlen sollten. Es gab hier einige Leute, die dann auch zahlten, weil man sie „weich" bekam, und andere, die sich dieser Zahlung widersetzten.

Eine weitere Frage bestand darin, wie die Menschen mit der sozialpolitischen Wirklichkeit umgegangen sind. Ich möchte noch einmal festhalten, daß die Stichwörter Streiks, Arbeitsniederlegungen bereits fielen. Ich verweise hier auf einen Protokollband „FDGB intim". Hierin sind Zahlen auch für die 80er Jahre enthalten.

Mir ist bekannt, daß immer wieder einmal erzählt wurde, daß es in diesen oder jenen Betrieb einen Streik gab. Das lief zwar nicht unter der Betitelung Streik, zeigte aber die gleichen Symptome. Mir ist ein Fall bekannt, bei dem die Leute beim Frühstück sitzen blieben und kundtaten: „Meister, wir haben die Probleme, regele das einmal." Meistens endete das mit der Regelung irgendwelcher Probleme und noch ein paar Prozent Lohnprämie oben drauf.

Es wurde heute von Herrn Kube festgestellt, daß die Leute zu Sonderschichten und ähnlichem ganz gerne gegangen sind. Es hat Situationen gegeben, wo die Leute objektiv einsahen, daß es, wenn irgend etwas fertig werden mußte, notwendig war, zu erscheinen, wenn Material wirklich fehlte. Ich kenne jedoch viele Fälle, bei denen dieses System ganz knallhart von den Leuten ausgenutzt wurde. Wer hier gelebt hat und in den Betrieben gearbeitet hat, wird das wissen. Man kam in einigen Betrieben an das Werktor und bekam schon erst einmal 50 Mark dafür, daß man hineinging. Das war sonnabends. Um ein weiteres Beispiel hierfür anzuführen: Im Industriewerk Ludwigsfelde wurde die W 50 gebaut. 1976/77 erreichte man dort ungefähr im Durchschnitt 20 % der Tagesproduktion . Die W 50 wurden ja gebraucht, damit sie für den damaligen Krieg Irak/Iran und für andere Dinge verkauft werden konnten. Hier kam es regelrecht zu Organisationen von Sonnabendschichten. Die Leute hatten sich auf das Geld eingerichtet. Es gab Handgeld und einen höheren Lohn am Wochenende. Ich darf es einmal salopp formulieren, das war eine Bandarbeit, das Nummernschild wurde beiseitegelegt und sonnabends anmontiert. Es ist ein bißchen hart formuliert, aber in diesen Formen hat sich das teilweise abgespielt.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich noch eine Anmerkung zu der Frage machen, wie die Planerfüllung stimuliert wurde. Dies läßt auch Rückschlüsse auf das Verhalten der Menschen zu, wie sie mit dieser Wirklichkeit umgegangen sind. Die meisten Arbeitnehmer haben sehr genau gewußt, welch „hohles Ding" der Plan war. Ich möchte nur folgendes hervorheben: Man produzierte am Monatsende, wenn es um die Planerfüllung ging oder rechnete Ersatzteile ab. Aus diesem Grund gab es am Ende der DDR immer mehr Versuche, auch in Naturalkennziffern wieder den Plan einigermaßen zu beherrschen. Danke.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Herzlichen Dank. Wir haben noch zwei Fragen und 5 Minuten Zeit. Damit möchte ich dann, wenn Sie einverstanden sind, die Liste schließen. Frau Kollegin Kurzhals bitte.

**Abg. Christine Kurzhals (SPD):** Ich mache es in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit sehr kurz. Herr Dr. Lubk, Sie haben vieles ausgeführt, was die Sonderversorgung im Krankheitsfall betraf. Mir ist jedoch einiges aufgefallen, was hier überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist und dennoch eine große soziale Gruppe im Sozialismus betraf. Ich spreche von den vielen alleinerziehenden Frauen. Wir hatten eine sehr hohe Scheidungsrate. Viele Frauen waren alleinstehend, geschieden und haben ihre Kinder meistens selber erzogen. Die Männer entzogen sich in den meisten Fällen der Erziehung der Kinder.

Mir ist bekannt, daß viele Frauen mit maximal 2 Kindern bei Krankheit der Kinder nur sechs Wochen lang Bezahlung erhielten, dann fielen sie in ein Loch und bekamen überhaupt keine Zuwendung mehr vom Staat. Die Unterhaltspflicht der Väter sah zu sozialistischen Zeiten ganz anders aus. Sie war sehr minimal. Es kam immer darauf an, was als Verdienst angegeben wurde; hier gab es somit Möglichkeiten zum Tricksen.

Ich möchte noch eine andere Frage stellen, die teilweise auch schon beantwortet worden ist. Es geht um den berühmten sozialistischen Wettbewerb. Welche Effekte zog dieser nach sich, und wie wirkte er sich überhaupt aus? Gab es überhaupt Effekte beim sozialistischen Wettbewerb? Ich denke da an so etwas wie Subotnik oder die sonderbaren Methoden, die aus Rußland oder auch aus Deutschland kamen. Gab es Effekte bei der Arbeitnehmerschaft? Welche Funktionen hatten Arbeitsämter in der DDR?

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Herzlichen Dank! Kollege Spiller bitte.

**Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD):** Zunächst möchte ich eine Frage an Herrn Kube richten. Sie haben vorhin in der Beantwortung einer Frage erwähnt, daß die Werktätigen bis etwa 1987 recht zufrieden waren. Erst danach kam nach Ihrem Statement Unzufriedenheit auf. Für mich war das eine neue Information. In diesem Zusammenhang möchte ich fragen, ob Sie den Eindruck haben, daß diese Gegebenheit eine Besonderheit in Ihrem Kombinat war, oder ob das Phänomen mehr oder weniger typisch für die gesamte DDR war?

Ich möchte noch eine zweite Frage stellen: Bezog sich dieser hohe Grad an Zufriedenheit und Verständnis auch darauf, daß die Ausreise einem so lange, wie man arbeitsfähig war, verwehrt wurde, aber Rentner ausreisen durften? Wie paßt überhaupt dieses System, Altersversorgung sozusagen im gesamtdeutschen Verbund – kleine Rente in der DDR, recht hohe Rente in Westdeutschland – hinein in das System von Planung und staatlicher Sozialpolitik? Hat diese Ausweichmöglichkeit, daß Rentner ihre Altersversorgung in Westdeutschland für die Bemessung von Rentenhöhen in der DDR beziehen, keine Rolle gespielt? Sollte das möglicherweise ein Anreiz sein, holt euch doch eure Altersversorgung lieber im Westen? Könnte es sein, daß die Sozialpolitik der

DDR insbesondere darauf aufgebaut war, daß Leute so lange nützlich waren und gepflegt werden sollten, wie sie etwas durch ihre Arbeit zum Sozialprodukt leisteten? Brauchte man sie danach nicht mehr?

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Herzlichen Dank. Jetzt kommt die Antwortrunde. Wir haben noch eine Minute Zeit. Die Zeit darf auch etwas überschritten werden, nur müssen wir pünktlich sein, um nicht wieder so in Verzug kommen, wie es gestern der Fall war. Herr Kube bitte.

**Horst Kube:** Ich möchte betonen, daß ich diese Bemerkung nur aus der Sicht meiner beruflichen Erfahrungen geben kann. Wenn ich das Jahr 1987 als einen Richtwert betrachte, haben sich zu diesem Zeitpunkt die Unzulänglichkeiten, insbesondere in dieser sozialen Versorgung, zugespitzt. Dies resultierte aus dem Grunde, weil die Leistungen, die man schaffen mußte und die Erwartungshaltung, daß es mehr werden könnte, sich nicht erfüllt haben. Natürlich gab es Unzufriedenheiten im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen und den Problemen des Arbeitsablaufs der Produktionsorganisationen oder der betrieblichen Kapazitäten. Diese Unzufriedenheiten gab es selbstverständlich schon länger. Besonders deutlich war das in den produzierenden Bereichen, weil der Einsatz von Rationalisierungsmitteln problematisch war. Wir hatten in der Vorfertigung einen Gütegrad von 3,8 im Durchschnitt, was bedeutete, daß die Anforderungen an die Werktätigen und an die Präzisionsleistung der herzustellenden Produkte problematisch war.

Seit 1987 sprach sich herum, daß eine bestimmte Clique – ich sage das so aggressiv – in der Regierung die Möglichkeit hatte, durch bestimmte Türen in Warenhäuser zu gehen, um dort einzukaufen. Im Betrieb war das nicht möglich. Die Erwartungshaltung gegenüber verbesserten Arbeitsbedingungen bestand darin, daß es keine Möglichkeiten der Verbesserung gab. Wir haben unter schwierigen Bedingungen Teile galvanisiert. Dies ist ein ganz besonders schwerer Produktionsbereich. Das meine ich mit der Unzufriedenheit, die auch im Auftreten in Versammlungen und in öffentlichen Diskussionen zum Ausdruck kam und zu sehr harten Forderungen an die Betriebsleitung führten.

Was die Ausreise von Rentnern betrifft und die Möglichkeiten, die Renten in der Bundesrepublik in Anspruch zu nehmen, habe ich keine Informationen.

Ich möchte aber trotzdem noch eine kleine Bemerkung dazu machen. Ich sprach von dem Einsatz und von diesem anderen Charakter der Arbeit. Wir hatten das Problem, daß der Generaldirektor vom Minister wiederkam und bemerkte: „Ich muß statt 4 Mio. zum Jahresende 6 Mio. Kühlschrankrelais fertigen“. Das bedeutete, daß wir zur Realisierung dieser Aufgabe keine Rationalisierungsmittel, die möglicherweise aus der Schweiz beziehbar waren, erhalten konnten. Es wurde ein Team aus Mitarbeitern zusammengestellt, die sich mit den Kenntnissen der klassischen Elektrotechnik, mit den Kenntnissen der Elektronik, mit den Kenntnissen der Niederdruckpneumatik usw. auskannten und zum Jahresende eine solche Rationalisierungsaufgabe fertigstell-

ten. Das war die Einstellung zu einer Aufgabe, zu einem Projekt. Ich möchte es noch einmal betonen, es war nicht nur erzwungene Disziplin.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Vielen Dank Herr Kube. Herr Dr. Lubk bitte.

**Dr.-Ing. Rainer Lubk:** Zu den Rentnern erlaube ich mir noch eine Anmerkung. Ein Indiz ist vielleicht, daß Rentner durchaus Umzugshilfe bekamen. Das ging relativ problemlos, wenn sie ab einem bestimmten Zeitpunkt übersiedeln wollten. Es ist ein Indiz, mehr kann man dazu erst einmal nicht sagen.

Es wurde nach der Unterstützung für alleinstehende Werktätige bei Pflege erkrankter Kinder – so hieß das im Gesetz – gefragt. Sie fordern mich hier heraus, das war nicht mein Spezialgebiet, aber ich habe schnell einmal nachgeschaut. Gemäß § 186 Arbeitsgesetzbuch erhielten ab 1978 alleinstehende Werktätige, die länger als zwei Arbeitstage von der Arbeit freigestellt waren, eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes, auf das sie bei eigener Krankheit Anspruch gehabt hätten. Hier erfolgte wieder dieser Rückgriff auf das erhöhte Krankengeld, um die Leute in die Zusatzrente hineinzukriegen.

Diese Unterstützung für alleinstehende Werktätige, wurde mehrfach gewährt. Mit einem Kind für die Dauer von insgesamt 4 Wochen im Jahr, wenn das Kind mehrfach krank wurde, bei zwei Kindern waren es dann 6 Wochen. Das erhöhte sich auf 13 Wochen und dann setzte das Problem ein. Das ist jetzt der Rechtszustand, wie ich ihn nach dem AGB erkenne. Ob sich in den beiden letzten Jahren der DDR noch einmal gesetzliche Veränderungen ergeben haben, müßte man nachschlagen.

Ich komme jetzt zu der Funktion der Arbeitsämter. Arbeitsämter existierten wohl bis in die 70er Jahre hinein, dann hießen sie „Ämter für Arbeit“. In den ersten DDR-Jahren hatten die natürlich die Funktion, Arbeitskräfte zu requirieren, wie z. B. für die „Wismut“ im Erzgebirge. Hier wurde nicht lange gefakkelt. Später – ich kann hier nur von meinen Eindrücken berichten, die ich in Betrieben gewonnen habe – wurden diese Ämter vor allem genutzt, wenn Lohndatenerhebungen gemacht wurden, wenn Erhebungen für das betriebliche Arbeitsvermögen erstellt wurden. Diese Ämter mußten bestimmte Berufe requirieren. Wenn in Berlin beispielsweise Dachdecker oder andere Berufsgruppen fehlten, wurden sie auch aus den anderen Bezirksstädten „herangeschafft“. Um ihre Arbeitskräfte nicht zu verlieren, sind viele Betriebe auch dazu übergegangen, die richtige Berufsbezeichnung ihrer Leute nicht anzugeben. Insofern ist bei derartigen Analysen und Statistiken immer noch Vorsicht geboten, wenn sie aus DDR-Zeiten stammen.

Diese Ämter für Arbeit gaben, wenn irgendwo Probleme anfielen, ob es in einer Brauerei war oder bei der Ernte, den Betrieben im Territorium die Auflage, so und soviel Angestellte zur Arbeit bereitzustellen. Diese Betriebe haben sich noch speziell um Haftentlassene gekümmert. Aus dem Dresdner Rathaus weiß ich – ich habe mich auch einmal nach einer anderen Stelle umgeschaut –, daß

dort teilweise Listen aushingen. Die haben auch in einem beschränkten Maße Arbeitskräfte vermittelt.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Herzlichen Dank. Professor Vollmer bitte.

**Prof. Dr. Uwe Vollmer:** Vielleicht noch einen Satz zu Herrn Spiller. Ich sehe das auch so, und das knüpft auch an das an, was ich eben gesagt habe, daß Sozialpolitik an den Träger des Faktors Arbeit, der menschlichen Arbeit, geknüpft war. Das war die Zielsetzung der DDR-Sozialpolitik.

**Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD):** Herzlichen Dank auch für die Disziplin, sich um kurzen Antworten zu bemühen. Ich möchte mich bei den Herren auf dem Podium bedanken für die Bereitschaft, heute erschienen zu sein und mit uns zu diskutieren, und wünsche Ihnen allen eine schöne Mittagspause.

In dem Restaurant besteht die Möglichkeit zum Mittagessen.

**Vorsitzender Siegfried Vergin:** Ich möchte noch darauf hinweisen, daß ich die Absicht habe, um 12.45 Uhr tatsächlich zu eröffnen. Ich sage das deswegen, weil das schöne Wetter wahrscheinlich den einen oder anderen zu einem Spaziergang motiviert. Ich bitte Sie, pünktlich zu sein.

[Mittagspause]

**Vorsitzender Siegfried Vergin:** Meine Damen und Herren, wir fahren in der Sitzung der Enquete-Kommission fort. Ich freue mich, daß ich heute für die Kommission Herrn Dr. Hans Geisler, Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie begrüßen kann. Herr Minister, Sie sind nicht nur zu einem Grußwort zu uns gekommen, wie das in den meisten Fällen üblich ist, wofür wir natürlich auch dankbar sind. Sie haben sich dazu bereit erklärt, heute einen Sachvortrag zu dem Thema „Die Umgestaltung der Arbeits- und Sozialordnung und deren Wirkungen in den neuen Bundesländern“ zu halten. Das freut uns natürlich besonders. Wir sind sehr gespannt darauf, weil Sie aufgrund Ihrer Biographie wissen, wovon Sie reden.

Die Diskussion wird nachher unser Kollege Abg. Werner Kuhn moderieren. Ich darf Sie jetzt bitten, zunächst Ihren Vortrag zu halten.

**Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Dr. Hans Geisler, MdL:** Meine Damen, meine Herren, das Thema ist genannt. Nachdem Sie bereits auf meine Biographie zu sprechen kamen, möchte ich noch einiges dazu ergänzen. Ich wurde 1940 fünfundzwanzig Kilometer östlich von Görlitz geboren und bin ungefähr fünfundzwanzig Kilometer westlich von Görlitz aufgewachsen und zur Oberschule gegangen. 1958 bestand ich mein Abitur, begann danach eine Färberlehre, und 1960 begann ich mit dem Chemiestudium in Dresden, das ich 1965 zum Abschluß brachte. Dann ging ich nach Meinsberg, einem kleinen Ort bei Waldheim, wo Professor Schwabe, der damalige Direktor der TU Dresden, noch ein privates Institut hatte, war